

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

21 (26.1.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82422](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82422)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis stierjährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.]

Nr. 21. | Sternsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfachkonto: Hannover 7908. | Wochta, Sonntag, 26. Januar 1919. | Zweiggelände: Oldenburg: W. Parelmann, Alsterstraße 51, Fernspr. 1032. | 86. Jahrgang

### Die deutsche Konstituante.

Die deutsche Nationalversammlung wird eine starke bürgerliche Mehrheit haben, denn die Hoffnung der Sozialdemokratie, die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung würden sie über alle bürgerlichen Parteien hinaus erheben, hat sich längst nicht erfüllt. Dennoch wird die Sozialdemokratie in der konstituierenden Versammlung eine stoffliche Fraktion aufweisen, sie ist bei weitem die stärkste Partei, besitzt im Volke den größten Anhang und darum kann auf die Dauer unmöglich gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Der Gedanke eines bürgerlichen Blocks mit der Spitze gegen die Sozialdemokratie ist uns darum auch keineswegs sympathisch; was für den Wahlkampf gilt und gilt, braucht und kann häufig auch nicht für die Zeit enger parlamentarischer und gesetzgeberischer Arbeit gelten. Die Dinge liegen übrigens so, daß die Schaffung eines großen bürgerlichen Blocks gegen die Sozialdemokratie ernsthaft erwogen werden kann, da ja die Demokraten von vornherein damit gerechnet haben, und darauf ausgegangen sind, gemeinsam mit den Sozialdemokraten sich in der Regierung zu setzen. Sozialdemokraten und Demokraten ergeben in der deutschen Nationalversammlung zweifellos eine beträchtliche Mehrheit; ob dieselbe aber auch unter allen Umständen arbeitsfähig sein wird, ist eine Frage, die nicht ohne weiteres beantwortet werden kann. Sicher ist jedenfalls, daß diesen beiden Parteien das Regieren sehr schwer würde, wenn sie durch ihr Vorgehen das Zentrum in eine scharfe Opposition treiben würden. Der erste Kanzler des deutschen Reiches hat schon erfahren müssen, daß mit einem scharf oppositionellen Zentrum nicht gut kirchen essen ist und diese Erkenntnis hat ihn gezwungen, vor der Kammpfort des Zentrums die Waffen zu strecken. Man darf annehmen, daß sich auch die führenden Männer bei den Sozialdemokraten und den Demokraten darüber klar sind, daß sie eine Politik treiben müssen, die es dem Zentrum ermöglicht, an Wiederaufbau des Reichs und des zerstörten Wirtschaftslebens mitzuwirken.

Dazu wird aber erforderlich sein, daß kein neuer Kulturkampf in Reiche geführt und auch den unitarischen und zentralistischen Bestrebungen gewisser Kreise innerhalb der sozialdemokratischen und sozialdemokratischen Partei ein Riegel vorgehoben wird. Wenn aber der Wunsch aufkommt, die alte Arbeitsgemeinschaft und Mehrheitsbildung des früheren Reichstags wieder aufleben zu lassen, eine Erwartung, der die „Voss. Ztg.“ schon Ausdruck verliehen hat, so glauben wir, daß das Zentrum keinerlei Ursache hat, sich der Neugier der Linken aufzubringen. Die Arbeit, die nach diesem verlorenen Krieg getan werden muß, ist so dornenvoll und schwierig, daß das Verlangen, die Verantwortung für ihre Erledigung zu tragen, bei keiner Partei brennender sein dürfte. Allerdings würde das Zentrum vor dieser Verantwortung auch nicht zurückweichen, weil es als christliche Volkspartei den Beruf und die Kraft in sich verspürt, an Wiederaufbau des zerstörten Reiches mitzuwirken. Dieser Mitarbeiter wird es sich unter keinen Umständen entgehen, mag es zur Regierungsmehrheit gerechnet werden oder zur Opposition. Keinesfalls wird das Zentrum in seine Stellung in der Opposition so aufzulösen, wie es die Sozialdemokratie in der Vergangenheit getan hat, denn das Zentrum ist keine Partei unfruchtbarer, negativer Kritik, sondern eine Partei positiver, fruchtbringender Arbeit. Diese Arbeit werden wir zu leisten suchen, sei es mit oder sei es gegen die Regierung. Bei der furchtbaren Not, in der sich unser Volk und Vaterland befindet, und bei den gewaltigen Aufgaben, die jetzt dem Reich gestellt sind, müßte es u. a. überhaupt der Wunsch jeder Partei sein, nach Möglichkeit alles Parteijoh und Trennende zurückzustellen, damit alle Kräfte und alle

guter Wille in den Dienst des Volkes und des Vaterlandes gestellt werden können. Wir werden in Zukunft noch häufig genug den Zusammenhalt aller national gesinnten Parteien nötig haben, denn das Anwohnen der Stimmen der Unabhängigen muß uns befehlen, daß die Gefahr, die uns vom Osten her droht, noch lange nicht überwunden ist.

### Nach den Wahlen.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung sind getätigt. Das Volk hat gesprochen, die bürgerlichen Parteien haben gelehrt. Mäander vielleicht schon im Konzept fertige sozialdemokratische Subelartikel bleibt ungedruckt. Denn die Mehrheit, worauf die Sozialdemokratie bestimmt rechnete, ist nicht zustande gekommen. Die Mehrheit der bürgerlichen Stimmen ist nicht gerade überwältigend, aber sie ist gegeben und man kann annehmen, daß die Reichstagswahlen, die noch in diesem Jahre getätigt werden dürfen, die Sozialdemokratie nicht mehr in der jetzt zutage getretenen Stärke setzen werden, wenn ihr der amtliche Wahlapparat nicht mehr zur Verfügung steht. Sie hat ihn weidlich ausgenutzt.

Unter den bürgerlichen Parteien steht die Zentrumspartei an erster Stelle. Ihre Mandatsziffer erfüllt uns mit Stolz und Genugtuung, sie gewährt die festbegründete Aussicht, daß die Zentrumspartei auch unter den neuen Verhältnissen die alte Partei in dem Sinne bleibt, daß sie eine mittelbare, fruchtbringende Partei ist. Sie hat sich wiederum als jene Partei erwiesen, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie am nachdrücklichsten und mit dem meisten Erfolg führen kann. Und deshalb ergibt sich auch auf das Zentrum die Schale des sozialdemokratischen Jornes, der verständig ist, weil der Wahltag starke sozialdemokratische Hoffnungen zu Grunde trug. Das wird einem klar, wenn man z. B. in der sozialdemokratischen „Ruffinger“ vom 23. Januar folgendes liest: „Die meisten Scharen der christlichen Arbeiterbewegung haben noch immer zu einem guten Teil die Schuttruppen der Jesuiten in der Hand und Zentrumspartei. Der Fackelzug des Lichtes vermochte hier noch nicht durchzudringen. Und wie die Handbühnenführung im Banne der Kanzel steht, das lehrt ein Blick in die schwarzen Bezirke unseres Münsterlandes.“ Das sind alte Phrasen, wie wir sie in der „Republik“ und dem früheren „Norddeutschen Volksblatt“ noch bei jeder passenden Gelegenheit gelesen haben. Sie üben auf uns keine Wirkung mehr aus.

Wie wird sich nun die Sozialdemokratie zu den Folgen der Wahlen in politischer und parlamentarischer Hinsicht stellen? Was wird geschehen, wenn eine parlamentarische bürgerliche Mehrheit nicht in dem radikalsten Sinne des sozialistischen Programms arbeiten wird — und das kann und wird sie nicht —? Die „Republik“ sagt dazu: Den parlamentarischen Eventualitäten müssen wir die Komplikationen in der Zukunft gegenüberstellen, in der Lage sein. Die Zeit der Massentationen ist nicht vorbei. Auch in der neuen Republik wird der politische Streit als Kampfmittel nicht an Bedeutung verlieren. Das heißt also, die Sozialdemokratie hat eine Revolution gemacht, sie wird evtl. auch eine zweite Revolution machen, um einem demokratischen Parlament etwas ab- oder aufzuzwingen. Daß die „Republik“ mit derartigen Ausführungen ihren Standpunkt der Demokratie verläßt, ist doch unzulässig. Wie schnell würde die „Republik“ gegenrevolutionäre bürgerliche Pläne sonderieren, wenn ein bürgerliches Volk gegenüber einer sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament das selbe schreiben würde, was sie jetzt selbst schreibt.

Wenn die „Republik“ zum Schluß ihres Artikels noch betont, daß der Sozialismus auch wenn er steht als der alte bürgerliche Gegner, auch wenn er tanzen-heering heißt, so belächelt gar nur die von uns immer vertretene Ansicht, daß der Bolschewismus nicht vom Fleische des Sozialismus ist, und daß die Verwirklichung der sozialistischen Pläne nur die konsequente Durchführung des sozialdemokratischen Programms bedeutet. Den Willen zu seiner Durchführung haben auch die Mehrheitssozialisten um Hug und Zellmann, aber, wie der Genosse Jordan in einer Delmenhorster Versammlung sagte, noch nicht jetzt. Wir haben die begründete Hoffnung, daß der Tag, wo das deutsche Vaterland zu einem Experimentierfeld für den Sozialismus werden soll, nie kommen wird. Wir wollen kein Chaos, sondern Ordnung, wir wollen keinen sozialistischen Staat, sondern einen demokratischen Staat.

### Das neue Deutschland.

#### Graf Brockdorff-Rangau über den Anluß Deutsch-Oesterreichs.

TU Wien, 24. Jan. Der Berliner Mitarbeiter der N. F. P. hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Grafen Brockdorff-Rangau, in der sich dieser über den Anluß Deutsch-Oesterreichs äußerte. Er sagte u. a.: Ich zweifle nicht daran, daß die Nationalversammlung es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten wird, den Einigungsgebeten fräftig zu betonen. Die Widerstände, die sich dieser Vereinigung vorläufig noch entgegenstellen, sind mir wohl bekannt. Von unseren Gegnern hat sich leider allein Frankreich umbedingt dagegen ausgesprochen, und andererseits machen sich innere Widerstände einzelner Kreise in Deutsch-Oesterreich gegen den Anluß bemerkbar. Hier bin ich Optimist und hoffe, daß die großen nationalen und politischen Bewegungen, die für den Anluß sprechen, über die Politik des die Vereinigung bisher bekämpfenden verhältnismäßig kleinen Kreises hinweg den Anluß doch verwirklichen werden. Alle Deutschen, sowohl in Deutschland wie Deutsch-Oesterreich, sollten sich in diesen entscheidungsschweren Tagen darüber klar sein, was für die Zukunft auf dem Spiele steht und über die unvermeidlichen sozialen und parteipolitischen Kämpfe des Tages das große historische Ziel einer Wiedervereinigung nicht aus dem Auge verlieren.

#### Das preussische Staatsministerium gegen den Reichsverfassungsentwurf.

TU Berlin, 24. Jan. Das preussische Staatsministerium tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Entwurf der Reichsverfassung Stellung zu nehmen. Das preussische Ministerium erklärt den Verfassungsentwurf in der jetzigen Form für unannehmbar. Es erblickt in der Verwirklichung der Vor schläge eine außerordentlich große Gefahr für das Fortbestehen Preußens. Die preussischen Minister werden den Entwurf der neuen deutschen Verfassung mit aller Entschiedenheit bekämpfen und darauf hinweisen, daß nur gegen ihren ausdrücklichen Willen eine Verfassung beschloffen werden könne, die mit der Verurteilung Preußens gleichbedeutend sei.

WTB. Berlin, 25. Jan. (Drath.) Heute beglännte in Berlin die Beratungen zwischen den Vertretern der Einzelstaaten über den Entwurf der Reichsverfassung.

WTB. Berlin, 25. Jan. (Drath.) Am Vormärts wird der Sturm gegen den Verfassungsentwurf von Prof. Radbrich besprochen und schließlich gelangt: An der sozialdemokratischen Partei ist es, mit Entschiedenheit Preuß bezuzwingen, der den einzigen Ausweg aus sonst unlöslichen Schwierigkeiten weiß.

#### Umfassende Vorbereitungen in Weimar.

TU Weimar, 24. Jan. Die Vorbereitungen zur Nationalversammlung werden hier unter Leitung des Obergerichtspräsidenten Schulz aus Berlin mit Hochdruck betrieben. Die umfassenden Arbeiten bedürfen großer Umstände. Die Nationalversammlung, wofür das ganze Volk ausgerufen wird, um die Höhe und Tiefe aus dem Reichstagsunglück aufzunehmen. Für die Telephon- und Fernsprecheinrichtungen wird ein ganzes Schulgebäude eingerichtet und mit einem Heer von 250 Beamten unter Leitung eines Telephoningenieurs des Reichspostamts in Berlin besetzt werden. An zwei Gebäuden in unmittelbarer Nähe des Theaters wird eine Schutzwaache aus reineren Truppen untergebracht werden. Das großherzogliche Schloß ist bis auf die Privatzimmer des Großherzogs und die Dichtzimmer für die Reichsleitung und ihren Stab mit Besatzung besetzt. Zur Unterbringung des Telephon- und Telephonbüros wird eine funktentelegraphische Verbindung mit Berlin hergestellt. Bezüglich der Befestigung werden die Abgeordneten und die Pressevertreter zu gemeinsamen Mahlzeiten seitens der Stadt vereinigt werden. Die militärische Besatzung Weimars wird schon in den nächsten Tagen bedeutend verstärkt werden.

WTB. Berlin, 25. Jan. (Drath.) Das B. L. läßt sich aus Weimar melden, daß zur Nationalversammlung der Rat der Volksbeauftragten geschlossen nach Weimar verlegt würde.

#### Geschichtsfälschung.

Man schreibt uns: Daß geschichtliche Vorgänge teilweise dargestellt werden, sind wir gewohnt. Gewöhnlich geschieht es aber nur bei solchen, die weit zurückliegen und wo eine

Kontrolle erschwert ist. Dem „Vorwärts“ war es vorbehalten, in seiner Sonnabendnummer nachliegende Vorfälle falsch und, da er ein Regierungsorgan ist, in unverantwortlicher Weise falsch darzustellen. Der „Vorwärts“ behauptet nämlich, Prinz Max von Baden hätte, als die Republik von Eberthmann ausgerufen wurde, sein Bündel geknüpft und dem Genossen Fritz Ebert die Geschäfte der Reichstagsleitung übertragen. Gerade den Führern der sozialdemokratischen Fraktion muß es bekannt sein, daß sich die Vorgänge ganz anders abgespielt haben. Hatten doch gerade diese Personen, die sich in der Reichstagsleitung befanden, immer und immer wieder versichert, daß sie hofften, eine Revolution vermeiden zu können. Am Donnerstag, 7. November, abends, wurde ein sozialdemokratisches Flugblatt verbreitet, in dem die Abdankung des Kaisers bis Freitag Vormittag gefordert wurde. Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses am Freitag führten zu einer stillschweigenden Verlängerung der Frist.

Am 9. November um 11 Uhr war interfraktioneller Ausschluß. Um 12 Uhr wurden die Führer der Parteien zum Reichstanzler berufen und im Reichstag folgendes Telegramm ausgegeben. Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entgehen. Der Reichstanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen und der Einsetzung der Regenshaft verbundenen Fragen erledigt sind. Er beabsichtigt, dem Neuen die Ernennung des Abg. Ebert zum Reichstanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen sofortiger Ausübung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließend der Volkswahl, die ihren Eintritt in die Reichsgrenze wünschen sollten, endgültig festzustellen.“ Gleichzeitige mit der Bekanntgabe dieses Telegramms wurde berichtet, daß die Sozialdemokratie aus der Regierung auszutreten gesehen sei und daß sie das dem Reichstanzler mitgeteilt hätte. Um 1.45 Uhr näherte sich ein unbedeutender aus wenigen hundert Personen bestehender Zug dem Gebäude, geführt von einem Mann, der eine in der Ecke erfasste rote Fahne trug. Der Abg. Schiedemann trat auf den Balkon, hielt eine Ansprache und verkündete plötzlich um 1.55 Uhr die deutsche Republik. Er verkündete, (dem oben mitgeteilten Telegramm entsprechend), daß Ebert zum Reichstanzler ernannt worden sei und gab bekannt, daß der Kriegsminister Eberth sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hätte.

So haben sich die Vorgänge abgespielt und keineswegs so, wie es der „Vorwärts“ zu verstehen gibt. Auf die späteren Ereignisse, die sich im Reichstag abspielten, auf die wilde Treibung, das sich dort abwickelte, wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen; sie sind allen Augenzeugen auf ewige Zeiten in Erinnerung geblieben und geben bereits einen Vorgeschmack dessen, was unter sozialdemokratischer Freiheit zu verstehen ist.

### Zum Waffenstillstand.

#### Die Waffenstillstandsfrage.

WTB. Berlin, 24. Jan. In der Sitzung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spaas vom 22. Januar erhebt der Vorsitzende der französischen Kommission, General Dubant, zu Beginn der Sitzung die Frage, daß von den deutschseits zu liefernden 5000 Lastautomobile bis zum 20. Januar nur 4239 übergeben worden. Er stellt fest, daß hier schlechter Wille vorliege. Die deutsche Kommission vertritt schriftliche Antwort und erklärt zunächst die Verzögerung liegt an den bereits bei der Abdeckung des Eisenbahnmaterials zufolge getretene Ursachen, vor allem an der alliierten Übernahmekommission. Der französische Vorsitzende bebt sich durch diese Darlegung veranlaßt, seinen

**Vorwurf schlechter Wille** zurückzunehmen. Die deutsche Waffenstillstandskommission übermittelte der Entente (dann eine Note, worin sie erneut auf die endgültige Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kriegs- und Zivildingelangen in den alliierten Ländern dringt. Die Franzosen hätten in der Unterkommission für Kriegsgefangenen den deutschen Vorschlag, zur Vorbereitung des Abrüstungsprozesses der deutschen Gefangenen Lagerstätten aufzustellen, mit dem Bemerkung abgelehnt, daß sich 200 000 deutsche Gefangene auf dem Wege nach den zerstörten Gebieten befinden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. Eine Aufstellung der Liste wäre daher unmöglich. An diese Weise anknüpfend, erfuhr die deutsche Note den französischen Vorstößen um eine Bestätigung dieser Erklärung und stellt fest, daß nach dem Rücktransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland kein Grund mehr vorliege, den Rücktransport der schwer verletzten und kranken deutschen Gefangenen zu verhindern. General Vandier, der die Hauptpunkte der Note sofort dem Oberkommando der Alliierten zur Kenntnis zu geben verspricht, laßt die Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Delegation zu dieser Frage bis morgen zu. Für die kranken und schwer verletzten Gefangenen müßte er eine günstige Lösung erwirken. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen hält er es jedoch für besser, in Deutschland bekannt zu geben, daß diese Frage wohl kaum vor den Vorberhandlungen erledigt werden könne.

**Aus der alliierten Friedenskonferenz.**  
 WTB. Rotterdam, 24. Jan. Dem N. N. C. zufolge erfährt "Remport Sun" aus Paris, daß die Friedenskonferenz gestern über die Rüstungseinsparungen verhandelte. Lloyd George setzte auseinander, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, und Clemenceau, daß Frankreich das Meer haben müsse.

In den Pariser Friedensverhandlungen sind die Grundzüge, nach denen man bei der Bildung des Völkerbundes vorgehen will, schon von Lloyd George dargelegt worden. Amerika wird einen epochenmachenden Plan fertig haben. Dieser schließt die vollständige Aufgabe der U-Bootwaffe ein.

Die Internationalisierung der Wasserstraßen wird die Friedenssicherung an erster Stelle beschäftigen. Den Anfang werden die Verordnungen über Dardanellen und Bosporus bilden. Weiter ist geplant, auch die großen Eisenbahneisen zu internationalisieren, in erster Linie die Donaubahn.

Die Times' werden aus Paris: Der Antrag auf Ausschließung Wilhelm II. umfaßt auch die Forderung nach Ausschluss von neun namenhaft angeführten Reichsmitgliedern Wilhelm II. Unter ihnen sind General Ludendorff, Tirpitz, der frühere deutsche Kronprinz und Falkenhayn.

**Aus Oesterreich-Ungarn.**

**Ausland in Prag.**

WTB. Prag, 24. Jan. (Draht.) Die Beamten der Prager elektrischen Unternehmungen sind in den Auslands getreten.

**Französische Truppen in Pöhmen.**

WTB. Reichenberg, 24. Jan. (Draht.) Heute ist hier eine französische Kompanie mit 5 Offizieren eingetroffen.

**Der Kampf gegen die Feindseligkeiten in Ostgalizien.**  
 TU Krakau, 24. Jan. Der Papst beauftragte den Kardinal Ratti, dem polnischen Erzbischof und dem ukrainischen Metropoliten in Lemberg zu veranlassen, auf die Einstellung der Feindseligkeiten in Ostgalizien hinzuwirken.

**Deutschland und Deutsch-Oesterreich.**

Bei der Besprechung des Wahlergebnisses zur deutschen Nationalversammlung weisen die Wiener Blätter darauf hin, daß der Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das Reich eine weitere sehr beträchtliche Vermehrung der bürgerlichen Stimmen in der deutschen Nationalversammlung bringen würde.

**Blutige Zusammenstöße in Fiume.**

TU Lugano, 24. Jan. In Fiume kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kroaten, Serben und Franzosen einerseits und Italienern andererseits. Die Zensur unterdrückt zwar Einzelheiten der Vorgänge, doch erfährt man, daß von beiden Seiten der dortigen serbischen Offiziere und der kroatischen Bevölkerung sowohl die italienischen Einwohner von Fiume als auch die italienischen Offiziere mißhandelt und verundet wurden.

**Frankreich.**

**Streik der Eisenbahnhelfer.**

WTB. Paris, 24. Jan. (Draht.) Die Angestellten der Straßenbahn- und Auto-Droschken von Paris sowie die Schaffner der Metropolitan- und Nordbahn haben den Streik beschlossen.

**Belgien.**

**Der belgische Friedensdelegierte.**

TU Haag, 23. Jan. Nach einer Meldung aus Brüssel soll Kardinal Mercier zum belgischen Delegierten auf der Friedenskonferenz ernannt werden.

**Schweiz.**

**Verweigerung der Einreise für österreichische Sozialistenführer.**  
 WTB. Bern, 24. Jan. (Draht.) Die Schweizerischen Bundesbehörden haben laut Deutscher Tageszeitung dem Dr. Adler, der zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Bern delegiert war, die Einreiseverweigerung verweigert.

**England.**  
**Ausdehnung des Streiks in England.**  
 TU Amsterdam, 24. Jan. Wie aus London gemeldet wird, erwartet man dort Lloyd George dringend zurück, damit er mit den Führern der Gewerkschaften in Sachen des Streiks Unterhandlungen führen kann. Die Zahl der in der Bergbauindustrie und in den Verkehrsbetrieben Streikenden beträgt 750 000.

**Italien.**  
**Arbeiterbewegung in Italien.**  
 WTB. Bern, 24. Jan. (Draht.) Wie der Secolo mitteilt, sollen in Mailand alle Fabriken stillgelegt. Die Arbeiter verlangen den Achtundtag, höheren Lohn und Vergütung des freien Samstag nachmittags.

**Die Stellung des Vatikans.**  
 TU Lugano, 23. Jan. Nach dem römischen Blatt "Tempo" müßte der Vatikan mit Italien ein Konkordat als Erfolg für das gegenwärtige Garantiegebot abzuschließen.

**Aus Portugal.**  
**Die Monarchie in Lissabon ausgerufen.**  
 WTB. Madrid, 24. Jan. (Draht.) Reuter. Nach einem Telegramm aus Lissabon ist am 20. Januar nachmittags in Valencia die Monarchie eingeführt, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen wurde.

**Sowjet-Republik.**  
**Die Produktion an Banknoten.**  
 Amsterdam, 23. Jan. Die Times' veröffentlicht aus einem russischen Papiergeld. Danach sind zu Petersburg und Benza 14 000 Arbeiter Tag und Nacht damit beschäftigt, Banknoten herzustellen. In Petersburg werden auf diese Weise täglich für 90 Millionen Rubel Papiergeld, in Benza für 220 Millionen Rubel hergestellt.

**Die Verbandspolitik gegenüber Rußland.**  
 Paris, 23. Jan. (Haas.) Amlicher Bericht. Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Premierminister und Minister des Auswärtigen der alliierten Großmächte und der assoziierten Staaten sowie auch Masino und Matjui als Delegierte der japanischen Regierung hielten gestern von 3 bis 5.30 Uhr nachmittags eine Sitzung ab und berieten über die Vorschläge Wilsons, die folgendermaßen lauten:

Die Meinungen, die die Vertreter der assoziierten Mächte hinsichtlich der Nationen, die gegen Rußland zu unternehmen wären, bis jetzt in der Diskussion zur Sprache brachten, gingen dahin, daß man Rußland nicht neue Hindernisse in den Weg legen und sich in keiner Weise einmischen dürfe in das Recht, seine Angelegenheiten auf seine Weise zu ordnen. Die genannten Vertreter betrachten das russische Volk als ihre Freunde, nicht als ihre Feinde. Sie wünschen, ihm auf jede Art helfen zu können, so wie das russische Volk wünscht, daß ihm geholfen werde. Es ist klar für sie, daß das Unglück und das Mißgeschick des russischen Volkes in dem Grade schwinden, wie die Lebensbedingungen u. die Nahrungsmitel verschwinden, und zwar in einem Umfange, daß es unmöglich ist, einen Ausgleich zu schaffen wenn nicht die Ordnung wiederhergestellt wird und normale Arbeits-, Handels- und Transportbedingungen geschaffen werden. Sie wollen Rußland nicht ausbeuten oder auf irgendeine Weise ausnützen. Sie erkennen die Revolution über Vorbehalt an, und in keiner Weise und unter keinen Umständen werden sie einem gegenrevolutionären Versuch irgendwelcher Art Unterstützung leisten. Es ist weder der Wunsch, noch liegt es in ihrer Absicht, die organisierten Gruppen, die gegenwärtig über die Leitung in Rußland streiten, zu begünstigen oder die eine gegen die andere zu unterstützen. Ihr einziger und aufrichtiger Wunsch ist, ihr Möglichstes zu tun, um Rußland den Frieden zu bringen und es von den gegenwärtigen Schmutzigkeiten zu befreien. Die assoziierten Mächte haben es sich zur Aufgabe gemacht, daß die Welt von neuem in Frieden leben kann. In dieser Stunde ist das einzigste, was Rußland nicht der Fall. Darum betrachten sie es als ihre Aufgabe, Rußland in dieser Angelegenheit von höchster Tragweite mit Großmut, liebevoller Sorgfalt und weisestem Wohlwollen entgegenzukommen. Sie sind bereit, dem russischen Volke in der Weise zu helfen, die ihm am dienlichsten ist. Von diesem Geiste getragen, haben sie folgenden Beschluß gefaßt:

Sie haben jede organisierte Gruppe, die gegenwärtig eine politische Macht oder eine militärische Kontrolle ausübt oder ausüben versucht, sei es in Sibirien oder innerhalb eines Gebietes von Europa-Rußland, wie es vor dem Kriege bestand, ausgenommen Polen und Finnland, eine Vertretung, deren Zahl bei jeder Gruppe drei nicht übersteigen darf, auf die Prince-Insel im Marmarameer zu entsenden.

WTB. Paris, 24. Jan. (Draht.) In dem Vorschlag Wilsons über die russische Frage heißt es wörtlich: "Die Vertreter der assoziierten Mächte erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an." Zeit Parisien schreibt dazu: Dadurch erklärt man die Folgen der russischen Revolution, die den Pazifismus betreffen, an, aber ohne daß diese eine Billigung der Handlungsweise der Bolschewiken

**Verstärkte Nachrichten**

**Eisners Agitation in der Pfalz unterlag.**  
 TU München, 23. Febr. Dem Ministerpräsidenten Eisner ist die Einreise zur Wahltagung in die Pfalz verweigert worden. Anderen Politikern anderer Parteien aus dem rechtsrheinischen Bayern, die in der Pfalz die am 2. Februar stattfindenden Landtagswahlen betreiben wollten, wie Dr. Heim, wurde die Erlaubnis erteilt.

**England wird ein Söldnerheer für die Kolonien.**  
 Aus Wien wird berichtet, daß die Engländer seit kurzem unter den deutsch-österreichischen Offizieren und Soldaten eine Reihe bereitwillig für das britische Heer entlassen. Als Leiter des Werkbureaus fungiert ein Oberfeldwebel Cunningham. Die Angeworbenen sind dazu ausersehen, in britische Kolonialdienste zu treten, und zwar sollen die englischsprechenden in erster Linie in die alten britischen Kolonien, die nur deutschsprachigen in den „ehemals deutschen“ Kolonien Verwendung finden. Diese Nachricht ist nach mehr als einer Richtung hin beachtenswert. Zunächst ist festzustellen, daß man nach dieser Meldung, an deren Zuverlässigkeit zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, in London offenbar über das Schicksal der deutschen Kolonien bereits entschieden hat, obwohl die endgültige Regelung der kolonialen Gebietsfrage doch auf der Friedenskonferenz erfolgen sollte. Denn wie käme man sonst dazu, für die „ehemals deutschen“ Kolonien Söldner zu werben? Dann aber ergibt sich aus dieser Meldung die Tatsache, daß England nicht einmal mehr instande ist, die für seine eigenen Kolonien erforderlichen Offiziere und Mannschaften aufzubringen, um dort für Sicherheit und geordnete Verhältnisse zu sorgen. Und dieses England, das vor dem Kriege bereits an Kolonien überfüllt war, wie jeder Kenner der Verhältnisse bestätigt, will nun auch noch die deutschen Kolonien annekturen!

**Kleine Nachrichten.**  
 Der Staatssekretär des Reichspostamtes hat ein Mißgeschick nicht eingereicht. Die Engländer haben die Wupperbrücke bei Kronenberg gesprengt, um den verbotenen Verkehr zwischen dem r. rhein und belgischen Gebiet, zu dem die Brücke vielfach benutzt wurde, zu verhindern. Für Preußen hat Gemeinderatswahlen nach dem Verhältniswahlssystem bis spätestens 2. März vorzunehmen. In Saarouis wurden von der französischen Besatzung am Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung Flugblätter verbreitet, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, sich von Preußen loszureißen. Die österreichische Nationalversammlung tritt am 20. Februar zusammen. Wie die Deutsche Tageszeitung hört, sollen Anfang nächster Woche die Verhandlungen über die Sozialisierung der Rüstungsindustrie stattfinden. Zum 1. Vizepräsidenten der württembergischen Nationalversammlung wurde der Demokrat Koß, zum 2. Vizepräsidenten der Zentrumsbund, Waller gewählt.

**Deutsches Reich.**  
**Reichsfinanzkonferenz.**  
 TU Berlin, 24. Jan. Wie der Münchener Vertreter der Tagl. Abschl. zuverlässig erfährt, wird auf Vorschlag der Bundesstaaten am kommenden Dienstag eine Reichsfinanzkonferenz in Weimar abgehalten werden, an der die Finanzminister aller Bundesstaaten und der Reichsstaatssekretär teilnehmen werden. Es handelt sich um eine gemeinsame Besprechung aller dringenden Finanzfragen.

**Der deutsche Aufseher über Schuldfrage und Völkervertrag.**  
 WTB. Berlin, 24. Jan. Der Staatssekretär des Außeren Graf Brockdorff-Rantzau empfing heute die hier anwesenden Berichterstatter der ausländischen Zeitungen und hielt dabei eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Meine erste Aufgabe an dieser Stelle wird es sein, daran mitzuwirken, daß die Neuordnung der Welt, die auf den größten aller Kriege folgen wird, sich auf Frieden und des Rechts aufbaut, das ist der wahre Begriff des Sieges der Gerechtigkeit. Ich habe nur widerwillig die letzten Reden der französischen Staatsmänner bei der Eröffnung der Friedensbesprechung zur Kenntnis genommen. Es ist mir kaum möglich, so sagen, wie Clemenceau und Poincaré von einem Siege der Gerechtigkeit sprechen können, nachdem Clemenceau noch vor einigen Tagen bekannt hat, er sei Anhänger des alten Systems in der Politik. Dieses alte System der Allianzen und des fragwürdigen Gleichgewichts, das mehr als irgend eine Einzelnot die Schuld für das in den letzten vier Jahren vergrößerte Blutvergießen, verurteilt, das mit einer Einsicht von Papier zu arbeiten, das hat wohlrich keinen Zweck. Aber wir sind gerade im Interesse der Gerechtigkeit dazu verpflichtet, stets wieder auf die wahren Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen, damit uns die Geschichte nicht vorwerfen kann, wir hätten nicht genug für einen rechtzeitigen Abschluß der Feindseligkeiten getan und hätten veräußert, gegenüber den Forderungen, die sich als rückwärtschloß Gewalt darstellten, auf dem Stand der Dinge mit Nachdruck hinzu

scheint jedoch fast, als ob die Reden der französischen Staatsmänner mit besonderem Eifer belächelt, die Aufmerksamkeit der Welt von dieser zentralen Frage des Augenblicks abzulenken. Die beschäftigten sich mit der Schuld am Kriege, von der sie wissen, daß tatsächlich alle gerecht denkenden Menschen es interessieren muß. Sie leben aber in diesem Problem nur die Frage nach zehn oder zwanzig Personen, die etwa persönlich an dem Unglück, das wir erleben, besonders schuldig sein sollten. Sie müssen diese Frage so leben; denn sie sind ja, wie Clemenceau sagte, Anhänger des alten Systems.

Nun, wir in Deutschland sind auch an der Aufdeckung der Schuld am Kriege ans höchste interessiert. Es wurde seitens der neuen deutschen Regierung auch bereits der Vorschlag gemacht, eine zentrale Kommission einzusetzen, die die Frage auf einer möglichst breiten Grundlage untersuchen soll. Es wurde vorgeschlagen, daß alle Nationen und geheimen Archive der Welt für ihre Untersuchung geöffnet werden sollten. Wir glauben, daß nur so ein wirklich objektives Bild der Vorgänge gewonnen werden könnte, die im Jahre 1914 zum Ausbruch der Feindseligkeiten führten. Es kommt darauf an, den Geist festzuhalten, aus dem heraus die Entschlüsse möglich waren, die den Tod von Millionen zur Folge hatten. Auf die Klärung dieses Geistes haben die Staatsmänner von heute und morgen ihr Augenmerk zu richten. Solange der Ansehensgedanke lebt, wird es Kriege geben, solange nationale Ehre verweigert werden, müssen die Völker im Orange nach Freiheit zu den Waffen greifen. Solange es Irrenbesten gibt, werden die Staatsmänner nur zögernd und ohne Offenheit miteinander sprechen können. Darum ist die Frage nach der Schuld am Kriege sicher einer der zentralen Punkte, an denen sich die Frage nach dem neuen System in der Politik und nach der Neuordnung zwischen den Völkern entscheiden wird.

Über es darf gerade deshalb, wenn man dieser Frage nachgeht, keine Einseitigkeit geben, und der Mut der Offenheit darf nicht von der einen Seite verkannt werden. Nur wer ein schlechtes Gewissen hat, kann sich dem Wunsche entziehen, das Seine zu tun, damit die Frage der Schuld am Kriege eine so allgemeine Beleuchtung als möglich erhält. Ich meine mit dem schlechten Gewissen nicht etwa die Angst davor, daß Mißfakten, die irrendem, irgendwas und irgendwam begangen hat, ans Tageslicht kommen. Das schlechte Gewissen ist bei allen denen zur Stelle, die nicht recht wissen, wie sie sich zu dieser oder jener Verantwortung des Systems vergangener Zeiten zu stellen haben.

Serr Poincaré hat in seiner letzten Rede wieder die ganze wohlbekannte Crevelche gegen die Deutschen losgelassen. Es liegt ihm nicht daran, die öffentliche Meinung endlich einmal zu entgiften. Moralische Siege werden nicht durch Bisimpfungen gewonnen; moralische Siege gewinnt nur, wer sich selbst überwindet. Der moralische Sieg in der Politik müßte der gerechte Völkervertrag sein, wo jedes Volk bereit ist seine individuellen Wünsche la friederlich und verständlich mit den anderen zu besprechen. In diesen Völkervertrag kann Deutschland nicht als ein Partia einreisen, und ebensowenig kann es feinerweise diesem Völkervertrag Verdrägen entgegenbringen, wenn man es bei seinem Eintritt mit Verleumdungen und über Nacht empfangt. Auch hierin liegt eine Erkenntnis, die ich den französischen Staatsmännern wünschen muß, falls sie in der kommenden Gesellschaft der Völker versuchen wollen, mit Autorität aufzutreten, wenn anders ihnen überhaupt diese Lage der Nationen geleger ist.

Das deutsche Volk hat durch die Resolution seinen bisherigen Platz in der Welt mit einem neuen veranfaßt: es ist aus dem Zuschauer zum Theaters, in dem das Stück von der Freiheit gespielt wurde, aus eigenem Entschluß auf die Szene getreten und handelt nun selbst. Seine Aufgabe ist klar und eindeutig die: nach dem Zusammenbruch des Aufbaus zu gehen. Dieser Aufbau wird aber nur dann ein wirklich fruchtbarer sein und über die nächste Zeit hinaus Früchte tragen können, wenn das deutsche Volk gleichberechtigt Seite an Seite mit den anderen Völkern daran gehen kann, jene Solidarität der Demokratie zu schaffen, die allein Glich, Frieden und Wohlfahrt in der Welt zu sichern vermag.

**Die badische Verfassungsarbeit.**  
 TU Karlsruhe, 24. Jan. Der Verfassungsausschuss der badischen Nationalversammlung hielt gestern seine erste Sitzung zur Beratung des von der badischen vorläufigen Vollversammlung vorgelegten Verfassungsentwurfs ab. In der Generaldebatte wurde die Frage besprochen, ob mit der neuen Verfassung das Amt eines Staatspräsidenten geschaffen werden solle. Eine Abstimmung darüber erfolgte noch nicht. Einmütigkeit herrschte im Ausschuss darüber, daß trotz der Regelung der Verfassungsfrage durch das Reich die Schaffung einer neuen badischen Verfassung vorzunehmen sei und darüber, daß ferner entsprechend dem Regierungsentwurf das Einkommensteuergesetz eingeführt werden solle. Bei der Einzelberatung wurde mit 14 Stimmen der Demokratien und des Zentrums gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten als Vorbedingung für das Wahlrecht in Baden das 21. Lebensjahr und ein sechsmonatiger Wohnsitz im Lande festgelegt. Von der Mehrheit des Ausschusses wurde folgender Satz in den § 3 der Verfassung eingeführt: Die Ausübung des Wahl- und Stimmrechts ist eine allmähliche Bürger-

Heimkehr der deutschen Truppen aus der Ukraine.

W. A. Berlin, 24. Jan. Nach einem hier eingetroffenen Sammeltelegramm aus Kiev befinden sich die letzten Truppen in Poltawa auf dem Heimweg und senden ihren Angehörigen Grüße. Offizier-Kavallerie-Regiment des Landwehr-Infanterie-Regiments 121 und des Landwehr-Infanterie-Regiments 434 sowie die Jüngertruppe 535.

Verzehrungsverhandlungen mit den Polen?

zu. Berlin, 23. Jan. Die Maßnahmen, welche die preussische Regierung in der Polenstrategie hat, haben dazu geführt, daß die Polen jetzt ein größeres Entgegenkommen an den Tag legen und zu Verhandlungen bereit sind. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Verhandlungen in der nächsten Woche in Berlin beginnen. Die endgültige Regelung der politischen Frage erfolgt natürlich erst auf der Friedenskonferenz.

Staatssekretär Erzberger nimmt als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission folgenden Standpunkt ein: Ich stimme vollkommen der Tendenz und der Resolution des deutschen Volkstages in Danzig bei. Ich werde nach Kräften das meine tun, um eine vollständige Gebietsstille vom Vaterlande zu verhindern und zu verhindern. Was die militärische Frage angeht, so bin ich für dieselbe nicht zuständig. Ich nehme aber an, daß inwieweit von der Reichsregierung die nötigen Maßnahmen gegen polnische Uebergriffe in die Wege geleitet werden sind.

Hierauf darf angenommen werden, daß die Reichsregierung endlich energische Schritte unternimmt, welche die Bestrebungen von der brüderlichen politischen Gefahr befreien.

Der Kampf für die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

21. Amsterdam, 22. Jan. Aus Paris wird gemeldet, daß der Kampf und zwei neutrale Mächte der Konferenz der Alliierten das Ersuchen unterbreitet haben, es möge Vorsorge getroffen werden, die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen bis zum Friedensschluß voranzujagen.

Die ersten Lebensmittel für Deutschland.

21. Rotterdam, 23. Jan. Der deutsche Rotenbische Courant meldet, daß gestern die ersten Schiffe mit Lebensmitteln der Alliierten für die deutsche Bevölkerung den Ozean überquert haben. Ihre Ladungen bestehen hauptsächlich aus Mehl. Eine große Zahl von Schiffen ist noch unterwegs.

Der Weg der Sozialisierung.

21. Berlin, 24. Jan. Wie verlautet, steht die Verwirklichung eines Rahmengesetzes über die Energiebewirtschaftung bevor. Um besonderen sind zwei Gesetze über die Bewirtschaftung von Rohöl und Elektrizität im Reichswirtschaftsrat fertig gestellt. Die Gesetze stellen den Versuch dar, das Problem der Sozialisierung von drei Gesichtspunkten aus anzufassen. Die Lösung wird angestrebt unter dem sozialen Gedanken der größeren Vorteile und des härteren Einflusses des Arbeiters, unter dem finanzpolitischen Gedanken des Nutzens für den Staatsschatz und unter dem wirtschaftlichen Gedanken der erhöhten Ausnutzung.

Doppelgewähl.

Belehrer Ludwig Alpers, der bereits dem Reichstage als Mitglied der Deutsch-hannoverschen Partei für den Wahlkreis Hannover 17 (Hannover-Rotenburg-Bytze) angehört, ist bei den Wahlen zur Nationalversammlung sowohl für Hannover als auch für Hamburg-Bremenslabe gewählt. Falls der Abgeordnete das Mandat für Hamburg annimmt, würde an seine Stelle in Hannover der an fünfter Stelle der gemeinsamen Liste des Zentrums und der Deutsch-hannoverschen Partei Pastor Dr. Mäzen (Str.) treten.

Die Wirkung der Hungerplakade.

21. Berlin, 24. Jan. In einer Verammlung der Akademie der Wissenschaften sprach Geheimrat Rabner über die Hungerplakade. Er glaubt, daß die Zahl der bisherigen Opfer der Plakade auf 800 000 Menschenleben zu schätzen sei. Den Gesamtschaden der Plakade für unsere Volkswirtschaft schätzt er auf 56 Milliarden Mark.

Zur Wahlbewegung im Heide.

Ein Katholik kann kein Sozialdemokrat sein. Der Fürstbischof Adolf von Breslau erklärt zur preussischen Landtagswahl, die am 26. Januar stattfindet, eine erneute oberirdische Kundgebung in der es u. a. heißt: „Es ist beilige Pflicht aller Katholiken, vom Wahlrecht in barem Sinn und kirchlich-treuer Sinne Gebrauch zu machen. Das Wahlrecht wird zur Wahlpflicht, von deren Erfüllung jeder demselben Rechenschaft ablegen muß. Im allgemeinen dieser Pflicht wiederholte ich die schon zweimal in aller Öffentlichkeit gegebene Erklärung: Den Katholiken ist der Anschluß an die sozialistischen Parteien nicht erlaubt.“

Oldenburgischer Landtag.

9. Sitzung am Freitag, den 24. Jan. 1919. Präsident Schröder eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Nach Eintritt in die Tagesordnung wird über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Wahlen zur oldenburgischen Landesversammlung

beraten. Der Verwaltungsausschuß hat den Entwurf vorbereitet und stimmt demselben im wesentlichen zu.

Hg. Dannemann stimmt dem Entwurf nur gezwungen zu mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse und deshalb, weil das Gesetz nur einmalig für die demnächstige Landesversammlung, nicht aber auch für spätere Landtage gelten soll. Wird das Gesetz für spätere Landtage Geltung haben, dann müßte man es einschneiden abändern, vor allem dem 8. deselben, nach dem alle 2 u. t. f. i. n. Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, das Wahlrecht ausüben können, ohne Rücksicht darauf, ob sie Oldenburger sind oder nicht. Die Wahl muß jetzt (so) als möglich vorgenommen werden, damit wir wieder ordentliche gesetzliche Zustände bekommen. Im Falle verfehlt man es nicht, daß im Direktorium fünf Sozialdemokraten seien. Nach der letzten Volksabstimmung muß die Anzahl erheblich vermindert werden, und mehrere Sozialdemokraten müssen aus dem Direktorium verschwinden. (Sehr richtig.) Vor allem aber verfehlt man es im Falle nicht, daß an der Spitze unseres Landes Präsident Kuntz steht, ein Mann, der nicht mal ein Oldenburger ist und unsere Verhältnisse nicht kennt. Das Volk wünscht dringend, daß dies (so) als möglich geändert wird. (Sehr richtig.) Dem Zentralrat sei das Recht abzusprechen, über unsere Regierung und unser Land zu befinden. Nur eine Volksvertretung habe hier das Recht einzutreten. Die Regierung solle das nötige Rüdgrat behalten, wenn eine Minderheit im Lande es wagen sollte, Ruhe und Ordnung zu stören.

Hg. Feigle: Der Entwurf entspricht nicht unsern Wünschen und Ansichten. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse stimmen wir ihm aber zu im Interesse unseres Landes, um eine baldige Volksabstimmung möglich zu machen.

Der Entwurf wird schließlich nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. Es wird bestimmt, daß die Wahlen am Sonntag, 23. Februar, stattfinden. Eine wiederholte Auszählung der Wahlstimmen findet nicht statt. Diejenigen Wähler, die bei der letzten Wahl nicht in der Wählerliste standen, werden nachgetragen. Im übrigen findet die Wahl in derselben Weise statt, wie zur deutschen Nationalversammlung.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Beckta, 25. Jan.

Capellen, 24. Jan. Brennspinnmilch ist wieder angekommen (ca. 3 Liter für den Haushalt) und muß am Montag, dem 27. Jan., nachmittags bei dem Rechnungsführer A. Wahlmann abgeholt werden.

Capellen, 25. Jan. Zu der Notiz in Nr. 18 dieser Zeitung, daß bei dem Säbnerfall des S. Vorderes, aus dem 20 Säbner gestohlen worden, ein Briefumschlag mit der Adresse Ludwig Döling-Bremen, Kornlt. Nr. 129, gefunden worden sei, wird uns von Herrn O. mitgeteilt, daß der Briefumschlag von ihm stamme, und daß er denselben am 14. Jan. auf der Rückfahrt von Effen nach Cloppenburg zu einem besonderen Zweck benutzt habe, so daß der von Kindern gefundene Umschlag zu Unrecht mit dem Säbnerbriefschlag in Verbindung gebracht werde.

Königen, 25. Jan. Der Gesundheitszustand ist hier augenblicklich kein guter. Sehr viele Personen sind krank an Grippe und Lungenerkrankung. Infolge der jetzt eingetretenen kälteren Temperatur, wird sich hoffentlich der Gesundheitszustand wieder heben.

Aus der Heiden- und dem Norden.

Oldenburg, 25. Jan.

(-) Die 4. Schwadron unserer 19. Dragoner, lauter Oldenburger Jung u., ist nach langer Abwesenheit aus der Ukraine in Allenstein in Preußen angekommen. Diese Nachricht wird hier mit besonderer Freude aufgenommen werden, um so mehr, als die Schwadron wohlfast ist. Der Bataillonschef ist bereits hier eingetroffen. Wenn die Mannschaften hier sein werden, ist ungewiß, noch manche Oldenburger deren Angehörige selbstverständlich in großer Sorge um sie sind. Nun ist hier von einem Oldenburger die beruhigende Nachricht eingegangen, daß die Truppen bereits in Drest-Liwowl eingetroffen sind, wo sie gestern abtransportiert werden. Sie werden nach Sietin gebracht, wo die Auflösung der Formationen erfolgt.

Neueste Nachrichten.

Waffenstillstands- und Friedensfragen.

21. Berlin, 24. Jan. (Draht.) In der heutigen Vollsitzung in Spa teilte General v. Winterfeldt mit, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission zurücktrat. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Marshalls Foch, welche vom General Ludant überlesen wurde. General Foch erklärt darin, daß der Absicht nicht ist, den Vertrag zu verlängern, sondern die Waffenstillstandsbedingungen binnen sechs Tagen vom 25. Januar, abends 6 Uhr an, befristet werden würde.

21. Genf, 25. Jan. (Draht.) Am 29. Jan. werden die Franzosen den Kehler Bridentoff besetzen. In die Befestigungslinie fällt die Stadt Rehl und eine Reihe kleinerer Ortschaften, dagegen wird der badische Bahnhof Appenweiler nicht mehr ganz in die Befestigungslinie fallen.

III. Schweizer Grenze, 25. Jan. (Draht.)

In der auf Samstag abend um 10 Uhr im Saal der Pariser Konferenz mit Wilson seinen Vorschlag, der nach Befragung mit Bourgeois, Lord Robert Cecil und General Smuts niedergelegt wurde, erläutern. Dieser wird voraussichtlich ebenfalls bei der Aussprache eingreifen. Schließlich soll ein besonderer Ausschuß für den Wälderbund ernannt werden, der diese Frage gründlich zu studieren hätte. Ferner soll in derselben Sitzung ein Ausschuß gebildet werden, der die Höhe der von Deutschland zu fordernen Kriegsschädigung und die Art ihrer Zahlung festzusetzen hätte.

21. Mainz, 25. Jan. (Draht.) General Mangin, der Höchstkommandierende der französischen 10. Armee, hat nach seiner Reise durch das Saargebiet im Zusammenhang mit seiner Zufriedenheit mit der Haltung der Bevölkerung und den Leistungen der Arbeiter bestimmt, daß die Ernährung der Schweizerarbeiter gebessert werden soll.

21. Zürich, 25. Jan. (Draht.) Wie aus Paris gemeldet wird, bildete das Hauptthema der getrigen Sitzung der Friedenskonferenz der Wortlaut des Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Beerdigung Liebknechts.

21. Berlin, 25. Jan. (Draht.) Angesichts der Möglichkeit von Unruhen bei Gelegenheit der heutigen Beerdigung Liebknechts ist eine starke militärische Ueberwachung der Zugänge zur inneren Stadt angeordnet worden.

21. Berlin, 25. Jan. (Draht.) Soweit festgestellt ist, ist der Auforderung zur Arbeitsminderung am heutigen Tage anlässlich des Begräbnisses Liebknechts nur in sehr geringem Umfang Folge geleistet worden. Der Oberbefehlshaber Nothe hat den Sicherungsdienst in den wichtigsten Straßen verstärkt, und an einzelnen Punkten der Stadt Abwehrmaßnahmen getroffen. Jeder Demonstrationszug innerhalb Berlins soll unter Umständen auch durch Waffengewalt verhindert werden. In der gleichen Stunde, da die Abwehr begann, sah man in den Straßen auch schon die ersten in inneren Trupps von Teilnehmern an dem Leichenbegängnis, die mitunter große rote Kränze trugen. In der Kapelle des Leichenfahnhauses sind 26 Opfer der Spartakusmord, darunter auch die des Führers Liebknecht selbst aufgebahrt. Sie sind mit Tannenzweigen geschmückt. Rot verhängte Rollwagen nehmen die Säрге auf. Der Zug wird unmittelbar nach dem Friedrichsden Kirchhof. Aus allen Teilen Deutschlands sind Arbeiterdeputationen erschienen.

Die Berliner Beratungen über den Verfassungsentwurf.

21. Berlin, 25. Jan. (Draht.) Am 27. Bundesratssaal des Reichsrats des Innern hatten heute Morgen 11 Uhr die angekündigten Beratungen der Bundesregierungen über den vorläufigen Verfassungsentwurf begonnen, den der Staatssekretär des Reichs, amts des Innern, Dr. Preuß, ausgearbeitet hatte. Den Vorsitz führte der Volksbeauftragte Ebert. Es handelt sich um eine vollkommen freie Aussprache über den Entwurf, dessen Beratung von Staatssekretär Preuß mit einer kurzen Ansprache eingeleitet wurde. Die Verhandlungen werden stenographisch aufgenommen. Bindende Beschlüsse werden nicht gefaßt, da der souveränen Nationalversammlung vollkommene Freiheit über den Entwurf gewährt werden soll.

21. Stuttgart, 25. Jan. (Draht.) Die württembergische Regierung entsandte die Minister Heymann und Liebing sowie Professor Blume aus Tübingen zur Bundesstaatenkonferenz nach Berlin mit dem Auftrage, der Zerklegung Preußens entgegenzutreten, die zum Zerfall des Reiches führen würde.

Besserung in der ober-schlesischen Streiklage.

21. Königsberg, 25. Jan. Wie die III. erfährt, hat sich die Lage im ober-schlesischen Bergrevier seit gestern wesentlich gebessert. Gestern sind auf einigen Gruben die Leute wieder eingefahren, auf anderen Gruben wurde noch teilweise getreift. Die Zahl der Streikenden betrug gestern noch über 15 000. Sie dürfte sich im Laufe des heutigen Tages noch erheblich vermindern.

Leuerungszulage für die Hinterbliebenen von Militärpersonen.

21. Berlin, 25. Jan. (Draht.) Vor kurzem haben die Militärrentenempfänger eine Leuerungszulage erhalten. Nunmehr sollen auch die Hinterbliebenen von den Militärpersonen der unteren Klassen Zuschläge zur Kriegsverlorenen statt des einfachen Monatsbetrages der laufenden Unterhaltung der 1,5-fache Monatsbetrag gezahlt werden.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole. Beckta. Druck und Verlag: Behaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Beckta.

Amtsvorstand. Beckta, den 15. Jan. 1919.

Bekanntmachung betreffend Revision der Vorräte an Brotgetreide, Hafer, Gerste u. Hülsenfrüchten.

Gemäß Anordnung des Landesdirektoriums zu Oldenburg für die Amtsvorstände unmittelbar nach dem von ihm festgesetzten Austrittstermin (1. Februar d. J.) der Früchte eine Revision der noch im Besitz der Landwirte vorhandenen Vorräte an Brotgetreide (Weizen und Roggen), Hafer, Gerste und Hülsenfrüchten (Bohnen, Erbsen und Buchweizen) durch Ortseinstellungsämter vorzunehmen zu lassen. Es ist für jede Dauerhaftigkeit ein Ausschuss bestellt. Mit der Revision wird am 12. Februar d. J. begonnen werden und muß jeder Landwirt an den Revisionsstagen zu Hause sein; im Falle der Verhinderung hat er für Vertretung zu sorgen.

Die Stellungsämter haben die den Besitzern für die menschliche Ernährung, Verfertigung und Frühjahrseinstellung zu belassenden Mengen genau abzuwägen und aus den dann noch vorhandenen Vorräten auszuliefern. Die abzuliefernden Restbestände sind ebenfalls durch Vertretungen genau festzustellen und werden darüber den Landwirten Ablieferungsbestimmungen eingehändigt werden; sie gehen mit der Auslieferung durch den Ausschuss in das Eigentum des Kommunalverbandes über. Der Besitzer ist verpflichtet, die Vorräte bis zur Uebernahme zu verwalten und pfleglich zu behandeln und an den Kommissionär nach dessen Anweisung abzuliefern, sofern nicht von den Stellungsämtern die sofortige Ablieferung bestimmt wird.

Am den Stellungsämtern ihre Tätigkeit möglichst zu erleichtern, wird den Landwirten aufgegeben, ihre familiären Vorräte an den Revisionsstagen in Säcken gelagert zu halten; die Mengen, welche zurückbehalten werden, sind getrennt zu lagern.

Zurückbehalten darf nur werden:

- A. Zur Ernährung der Selbstversorger vom 15. Februar bis 15. August 1919:
  1. an Brotgetreide 54 kg pro Kopf,
  2. an Hafer und Gerste 12 kg pro Kopf,
  3. an Hülsenfrüchten 6 kg pro Kopf,
  4. an Buchweizen 12,35 kg pro Kopf.
- B. Zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes:
  1. an Hafer oder an Gemenge aus Hafer und Gerste insgesamt folgende Mengen:
    - a. für Pferde 519 kg pro Tier,
    - b. für zum Sprunge verwendete Zugochsen 68,25 kg pro Tier,
    - c. für zur Feldarbeit verwendete Zugochsen 69 kg pro Tier,
    - d. für die in Ermangelung anderer Spanntiere zur Feldarbeit verwendeten Zugställe unter Verdrängung auf zwei Rufe für den einzelnen Betrieb 46 kg für die Zugst.,
    - e. für die zum Sprunge verwendeten Ziegenböcke 50 kg pro Tier,
    - f. für die zum Sprunge verwendeten Schafböcke 50 kg pro Tier.
  2. an Hafer, an Gemenge aus Hafer und Gerste oder an Gerste:
    - a. für zum Sprunge benutzte Ober 45/2 kg pro Tier,
    - b. für gedachte Zugstauen 50 kg für den Wurf,
    3. an Lupinen bis zur Hälfte der gereinigten Früchte.
- C. Zur Frühjahrseinstellung der zum Betriebe gebörenden Grundstücke und zwar auf das Gebiet:
  - an Sommerweizen 160 kg,
  - an Sommerroggen 185 kg,
  - an Gerste 160 kg,
  - an Hafer 150 kg,
  - an Erbsen und Bohnen 200 kg,
  - an großen Viktoriaerbsen und an Ackerbohnen 300 kg,
  - an Buchweizen 100 kg,
  - an Lupinen 200 kg.

Es wird dringend gebarnet, Vorräte zu verheimlichen oder zu verschweigen. Solche Vorräte werden unter allen Umständen sofort ohne Gewährung einer Entschädigung abgenommen; außerdem sind schwere Strafen zu gewärtigen.

Rückens.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 2, 3 und 5 der fernsprechgesetzlichen Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetz Nr. 51) wird folgendes bekannt gemacht: Die Pauschalgebühr für Anschlüsse an das fernsprachliche in Dintlage erhöht sich vom 1. April 1919 ab um 24 Mark jährlich. Für jeden Anschluß an das fernsprachliche, der nicht weiter als 5 km von der Vermittlungsstelle entfernt ist, beträgt also vom 1. April 1919 ab: A. die Pauschalgebühr 120 Mk. B. wenn an dieser Stelle die Grundgebühr und Gesprächsgebühren gezahlt werden, 1. Grundgebühr 72 Mk. 2. die Gesprächsgebühr 6 Pf., mindestens 24 Mk. jährlich. Die Teilnehmer, die jetzt die Pauschalgebühr entrichten, aber vom 1. April ab die Grundgebühr und Gesprächsgebühren zahlen wollen, müssen dies dem Postamt in Dintlage bis Ende Februar schriftlich mitteilen. Sie erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlußnummern.

Da die Pauschalgebühr z. B. niedriger ist, als die täglich geltende Pauschalgebühr, so können die Teilnehmer ihre Anschlüsse zum 1. April kündigen. Die Kündigung ist bis Ende Februar schriftlich bei dem Postamt in Dintlage anzubringen. Oldenburg (Orbzgt.), 15. Januar 1919. Ober-Postdirektion. Freuter.

Bei Nichtzustellung

so wie verspäteter unpünktlicher Zustellung unsere Zeitung wende man sich sofort beschwerend an die Post.

**Dinklager Lichtspiele.**

**Eröffnungsvorstellung**

am Sonntag, dem 26. Januar  
im Saale des Herrn Franz Breda.

Programm:

**Lebendig tot.**

Schauspiel in 4 Akten mit einem Vor-  
spiel von Max Jungl.

**Lene Fröhlich G. m. b. H.**

Kauffpiel in 2 Akten von Rud. Baron.

Musikbegleitung bei allen Bildern.

Beginn: Erste Vorstellung um 5 1/2 Uhr,  
Zweite Vorstellung um 8 Uhr.

**Für die bevorstehende Aussaat**

empfehlen wir:  
**Strabes Schlanstedter Saatkäfer, 1. Abt.,**  
**v. Komedes Erekenliner Saatkäfer, 2. Abt.,**  
**Heines ertragsreichsten Saatkäfer, Original,**  
**Probleter Saatkäfer, Original,**  
**Sigomo Saatkäfer, 1. Abt.,**  
**Vigomo Saatkäfer, 1. Abt.,**  
**Reitler Saatkäfer, 1. Abt.,**  
**Wittoria Saatkäfer, weisse Mahndorfer, 2. Abt.,**  
**Heiner verschiedene Sorten Sommeraatgete.**  
Wir bitten um sofortige Bestellung und Einlieferung  
der gefälligst vorgeschriebenen Saatkarten.  
**Otto Bartels & Co., Beate i. Oldbg.**

**Nr. 6. Achtet auf Spartakus!**

Er sagt, er wolle Volkserhebung — aber er  
will Fortbleiben der bolschewistischen Soldaten.  
Er sagt, er wolle Volkserhebung — aber er  
läßt die Proletarier bewaffnet und entwaffnet gewalt-  
sam die Soldaten.  
Er sagt, er wolle Volkserhebung — aber er  
verdielt den Schutz des deutschen Volkes im Osten.  
Haut in Bremen an und —  
**hütet Euch vor Spartakus!**  
**Bund für Volksaufklärung.**

**Nellinghof.**

Zu erhöhten Preisen nehme  
**Geflügel- und Kaninchen**  
um **Mittwoch** von 12—4 Uhr am Bahnhof ab.  
**Vornjers, Wehsta.**

**Anbau von Frühkartoffeln**

für die Gemeinde Damme.  
Die Landesstellenstelle beabsichtigt Anbauver-  
träge auf Frühkartoffeln abzuschließen und will für  
jedem angebauten Erdblocken 1 Zentner Ammoniak  
liefern. Sollte wider Erwartet Ammoniak nicht  
lieferbar sein, gilt der Vertrag als nicht abgeschlossen.  
Nähere Bedingungen sind bei mir einzusehen  
und nehme ich bis zum 27. Januar Anmeldungen an.  
**Damme i. D. J. F. Veiber.**

**Holzschuhe**

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in  
den gangbaren Männer- und Frauengrößen  
1,90 M pro Paar. Höchstverkaufspreis 7,35 M  
pro Paar. Musterleistung große Wahlleistung,  
fortkriechen in den gangbaren Größen Herren-  
und Frauen (Schuhe) zu 75.— M franco nur gegen vor-  
herige Einzahlung des Betrages. Bei Nicht-  
gefallen garantieren wir bereitwillige Zurück-  
nahme und Rückzahlung des Betrages. Um  
genaue Adresse und für Befindlichkeiten Angabe  
der Güterartikeln wird gebeten. Garantie für gute  
Ankunft. Versand gefastet.  
**Holzschuh-Fabrik Nimbach**  
(Nbeimpf.).

**Dacharbeiten**

in Schiefer, Ziegel und Pappe.  
**Julius Bock,**  
Dachdeckermeister,  
**Wildeshausen.**

**Einladung!**

Unsere zahlreich besuchte Mitglieder-Ver-  
sammlung vom 23. D. M. hat einstimmig be-  
schlossen, auf  
**Mittwoch, den 29. Januar 1919,**  
nach Oldenburg, zur Union, morgens 10 Uhr eine

**Tagung**

zu berufen, zu der  
**Handwerker**  
**Industrielle**  
**Kaufleute** } aus dem ganzen Feel-  
laand Oldenburg  
und deren Angehörige einzuladen sind.  
Aussprache soll stattfinden über  
1. Einfluß auf die Zusammenstellung der  
Kandidatenliste zu den Wahlen.  
2. Zukünftige Gestaltung des Freistaats  
Oldenburg.  
3. Sonstiges.

Wir bitten dringend um ansehnliches Er-  
scheinen.  
Annungen, Handwerkerbund, Handwerkerber-  
eine, Verband Oldenburgischer Industrieller, An-  
gestellten-Verbände (Sozialer Ausschuß), Handels-  
vereine und sonstige kaufmännische und gewerbliche  
Organisationen und Genossenschaften mögen Ver-  
treter entsenden, auch ihre Einzelmitglieder zum  
Erscheinen veranlassen.  
Jeder von ihnen ist willkommen! Es gilt,  
eine kraftvolle Wehrung der gesamten wertvollen  
oldenburgischen Bevölkerung aus Laden, Werk-  
statt, Kontor und Industrie zu der Frage:

**Ist Politik auch unsere Pflicht?**

Gewerbe- und Handelsverein von 1849.  
**Mag. tom Dieck,** Rechtsanwalt, Schiff-,  
Vorstand. Schriftführer.

**Arädrige Kastenwagen**

Empfehle ganz extra stark gebaute  
in großer Auswahl.  
**Oldenburg i. Gr. Johann Jung.**  
Der Mühlenbesitzer Kümper läßt ihren am  
Bahnhof Damme gelegenen großen massiven

**Lager-Schuppen**

am 1. Februar, nachmittags 1 Uhr  
öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.  
Verammlung bei Gastwirt Epe. Nähere Auskunft  
erzucht Franz Mejer, Damme.

**Achtung.**

Aus meinem Stalle wurde eine  
hellbraune, 5jährige, tragende  
**Stute**

mit kurzem Schwanz gestohlen. Wie-  
derbringer erhält 200 Mk. Belohnung.  
**Landwirt Heinrich Menke,**  
Hafen bei Höttinghausen.

**Grossknecht**

gesucht für mittlere Landwirtschaft (Nähe Stein-  
feld), laich, über 30 Jahre, erfahren, selbständig,  
der alle Zweige der Landwirtschaft bestens ver-  
steht und die Wirtschaft selbst gut bearbeiten kann.  
Nur zuverlässiger, gewissenhafter Mann mit  
Gutsehung. (10

**Geschäftshaus-Verkauf**

in Bisbel.  
Das hormal E. Aug. Schillmüller'sche Haus  
in Bisbel an allerbesten Lage, direkt vor der Kirche  
liegend, in dem seit langen Jahren ein flott gehendes  
Dampfabrik, Woll-, Holz- und Webwaren-Geschäft  
mit nachweislich bestem Erfolg betrieben ist, soll am  
**Mittwoch, dem 29. Januar 1919,**  
nachmittags 3 Uhr,  
in Savings Wirtschaft daselbst öffentlich meistbie-  
tend durch den Unterzeichneten verkauft werden.  
**E. Wehstam, amtl. Aukt.,**  
Wildeshausen, Fernruf 39.

**Verkauf eines größeren Gebäudes**

zum Abbruch.  
Nigorensfabrikant A. Deckerler hiersebst läßt  
am **Montag, dem 3. Februar d. J.,** nachmittags  
1 Uhr bei seinem Hause  
1 großen Stall, größtenteils Eichen-  
holz, Steinfachwerk, 22x11 m groß,  
sehr gut erhalten und zu einem grö-  
ßeren Bauernhause oder zu einer  
Scheune passend  
öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.  
**Wildeshausen. Wanderslust**

**Taglich frisches  
Pferdefleisch.**

Kaufe Schlachtpferde.  
Bei Totschlachtungen komme  
sodort.

**J. Franzke, Vechta, Mühlenstr. 5.**

**Die Betriebschlosserei der Marine-  
Gasanstalt in Althorn**

fertigt Reparaturen für landwirtschaftl. Maschinen  
zum Selbstkostenpreis an.  
Die Betriebschlosserei der Marine-Gasanstalt  
in Althorn fertigt für Private sämtl. Bau- und  
Möbelarbeiten zum Selbstkostenpreis an.  
Spezialität: Einheitsstüren und Schränke.

**Zahnleidende!**

Röhne werden schmerzlos unter langjäh-  
riger Garantie naturgetreu eingest. Plom-  
ben in Gold, Porzellan, Amalgam x. Kost  
schmerzloses Zahnziehen mittels lokaler An-  
ästhesie, Nervösen, Zahnkranken x. Eprech-  
stunden täglich von 8—1 Uhr, 2—7 Uhr,  
auch Sonntags.  
**A. Doewenstein, Zahnsteler,**  
Oldenburg i. Gr., Bahnhofsstraße 151.  
Eingang Holtenstraße. Telefon 1456.  
In aller nächster Nähe des Bahnhofs.  
NB. Für Auswärtige: Anfertigung künst-  
licher Röhne in kürzester Zeit.

**Herren- und Damen-Fahrräder  
mit Gummi.**

Empfehle meine  
Herren- und Damen-Fahrräder  
mit Gummi.  
Ferner sämtl. Ersatz- u. Zubehörteile sowie neue  
**Fahrrad-Laufdecken**  
in guter Qualität. Reparaturen an allen Fahrrädern  
schnellstens. Karbid, jedes Quantum lieferbar.  
**Georg Rolies,**  
Fahrradfabrik, Vechta. Telefon 28.

**Zur Frühjahrs-Bestellung**

empfehle  
Saatkäfer, Ewalds Sieger, 1. Abt., anerkannt  
von der D. L. G. und Goldregenerer von  
Eosbauernstelle Reg. Meyer zu Holte,  
Sommerweizen, Strubbe roter Schlanstedter, aner-  
kannt von der D. L. G.,  
Sommergerste, Heines Gamma, anerkannt von der  
D. L. G.,  
Sommererbsen, Mahndorfer frühe gelbe Viktoria,  
anerkannt von der D. L. G.,  
Herzstarksteteln, Modons Induszie, anerkannt von  
der D. L. G.,  
Frühkartoffeln, frühe Kaisertrone, anerkannt von der  
D. L. G.,  
Damme i. D. J. F. Veiber.

**Vorläufige Antwort.**

Auf vielen Anfragen teile mit, daß der  
Kursus in Vechta gleich nach Ostern  
beginnt.  
**Jo. Wienholt,**  
Langlehrer.

**Frauen-Klinik**

**Dr. Dammermann,**  
Bremen, Althweg 27  
wieder eröffnet.  
Pflege durch barmherz.  
Schwestern. Sprechst. 12  
bis 1, 3 1/2—5.  
Für Auswärtige nach  
Anmeldung jederzeit.  
Fernspr. Roland 1803.

**Tee!**

Brasilianischer Mate,  
Barana Extra  
à Pfund Mk. 3.—  
**E. S. Mähler, Damme.**

**1000 Paar  
Holzschuhe**

in allen Größen einge-  
troffen  
**G. Nolte, Wildeshausen.**

**Achtung!**

Rohle für  
Kaninchen . . . 3.30 Mk.,  
Hähne . . . 4.50 Mk.,  
Enten . . . 4.70 Mk.,  
pro Pfd. Lebendgewicht.

**Als Verlobte empfehlen sich**

**Elisabeth Brand**  
geb. Fischer  
**Ludwig Läsche**  
Rehmden bei Steinfeld Harpendorf  
bei Steinfeld

**Josefine Stuntebed**

**Heinrich Fischer**  
Rehmden bei Steinfeld, Januar 1919.

**Elisabeth Schlarman**

**August Kalwelage**  
Verlobte

**Dipe** Rehmden  
b. Steinfeld b. Steinfeld  
Januar 1919.

**Die Verlobung unserer Tochter Henny**

mit dem Amisaltuargehilfen Herrn Ludwig  
Tiemann beehren wir uns anzukündigen.  
**Zolleinnehmer Gornigka u. Frau**  
Dittlie geb. Beder.  
Ellenferdam, 26. Januar 1919.

**Meine Verlobung mit Fräulein Henny**

Gornigka gebe ich hiermit bekannt.  
**Ludwig Tiemann,**  
Vechta, 28. Januar 1919.

**Kriegerverein Vechta.**

Die Versammlung am Montag  
findet bei Welschers statt, abends 8 1/2  
Uhr.  
Der Vorstand.

**Schuhe**

Hauschuhe, ohne Bezugstein, danach  
Verarbeitung, mit echter Lederfüße, pro Paar  
7,20 M freie Zusendung. Lieferung nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages. Bei Nicht-  
gefallen garantieren wir bereitwillige Zurück-  
nahme und Rückzahlung des Betrages. Um  
genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer  
wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Ver-  
sand gefastet.  
**Schuhwaren-Fabrik Nimbach**  
(Nbeimpf.).

**Fleisch-, Brot- und Seifenkartens-Angabe.**

**Landgemeinde Lohne.**  
Am **Mittwoch, 29. Januar 1919,** von vorm. 8.30  
bis 12 Uhr, und von 2—4 Uhr findet die Ausgabe  
in Schalands Wirtshaus wie üblich statt.  
Der Gemeindevorstand.

**Todes-Anzeige.**

Soit dem Allmächtigen hat es in seinen unerforsch-  
lichen Ratsschlusse gefallen, heute morgen unseren innigst-  
geliebten Bruder und Onkel, den  
**Zeller**  
**Heinrich Hellmann**

im 63. Lebensjahre nach langem, mit großer Geduld ertra-  
genem Leiden, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten,  
zu sich in die ewige Ruhe zu nehmen.  
Dies zeigen tief betrübt an, mit der Bitte um ein  
andächtiges Gebet für den teuren Verstorbenen  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Dutten, Darfeld i. W., den 24. Jan. 1919.

Die Beerdigung findet statt am Diensta, dem 28.  
Jan., morgens 10 Uhr vom Trauerhause aus in Dutten statt.  
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht  
erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansetzen zu wollen.

# 2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.

Sonntag, 26. Januar 1919.

## Dr. K. Zur Beamtenfrage.

II.

So unangenehm und unklar die Stellung der Sozialdemokratie zur Beamtenfrage ist, so frei und offen spricht sich das Programm des Zentrums über die Stellung der Partei zur Beamtenfrage aus. Es heißt da ausdrücklich: Das Zentrum tritt ein für die Erhaltung eines selbständigen Berufsbeamteniums, das durch eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende gerechte Befoldungspolitik in seiner Lebensstellung gesichert und durch selbständige Ausschüsse und Kammern an der wahren Ordnung seiner Dienstverhältnisse beteiligt ist.

Also das Zentrum lehnt die von der Sozialdemokratie erstrebte Wählbarkeit der Beamten in jeder Form ab und tritt ein für die Erhaltung eines selbständigen Berufsbeamteniums. Hieraus geht ohne weiteres hervor — und dies deckt sich auch mit der wahren Stellung des Zentrums zur Beamtenfrage —, daß die Partei im Gegensatz zur Sozialdemokratie für die lebenslängliche Anstellung sämtlicher Beamten, auch der Unterbeamten, eintritt, ebenso für eine gerechte Befoldung der Ruhegehälter — und Hinterbliebenenfrage. Es ist wohl nicht möglich, daß der Staat den Beamten, der ihm für dauernd Arbeitskraft widmet und sich ihm für dauernd verpflichtet hat, auch für seine ganze Lebenszeit vor materiellem Sorgen schützt und ihn lebenslänglich anstellt. Ebenso verhält es sich mit den Ruhegehältern und der Hinterbliebenenfrage. Auch hier muß der Staat der Beamten in hinreichender Weise der Not und Sorge schütten. Es wäre eine große Sünde, wenn der Staat seine Beamten, die ihr ganzes Leben lang für ihn gearbeitet haben, im Alter darben lassen sollte. Wenn eine sozialdemokratische Regierung wirklich das Recht der Beamten auf lebenslängliche Anstellung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenfrage streichen wollte, dann müßte sie, falls sie überhaupt Beamte behalten wollte, das Gehalt mindestens um das Dreifache oder Vierfache steigern, damit der Beamte im Alter, etwa so wie die Ärzte und Rechtsanwälte genügend Geld zurücklegen, von dem er im Alter leben könnte. Ob unsere Staatsfinanzen auch noch derartige Experimente überleben würden, darf allerdings mit Recht bezweifelt werden, und deshalb ist das Zentrum für die Wahrung des bis herigen Gebrauchs.

Was nun die von der Sozialdemokratie so heftig angegriffenen Präsenzen für die Zulassung zu den einzelnen Berufen angeht, so ist im Zentrumskreis die Ansicht wohl allgemein herrschend, daß die sog. Fachprüfungen doch nicht ganz ausgeschlossen werden können, wenn auch in diesem Sinne das Wort von den „schwergeprüften Deutschen“ seine Richtigkeit haben mag. Jedfalls sind Prüfungen, die den Nachweis der Befähigung für irgend einen Beruf erbringen sollen, unerlässlich; sie mögen aber auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden und dürfen jedenfalls nicht von ausschlaggebender Bedeutung für das ganze Leben sein, vielmehr sollen im Berufsleben der Beamten, der den Beweis gebracht hat, daß er seinem Amte gewachsen ist, nur die Bewährung im Amte und die Befähigung zum Aufstieg für sein Fortkommen von Bedeutung sein, nicht irgend ein Examen, das er vor 20 oder 30 Jahren gemacht hat.

Mindestens in demselben Maße wie die Sozialdemokratie, meistens noch mit größerer Energie ist das Zentrum auch immer für eine hinreichende Beteiligung der Beamten, und zwar sämtlicher Beamten eingetreten. Maßgebend war hierbei neben der Stellung der Beamten auch die Rücksicht auf die Zahl der Kinder der Gerode die Befoldungsfrage unter dem Gesichtspunkte einer gesunden Bevölkerungspolitik mit in Zukunft eine Hauptfrage unserer Partei sein müssen.

Ebenso wie in der Befoldungsfrage ist sich das Zentrum auch mit Bezug auf das Beamtenrecht sehr klar darüber, daß hier eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung vorliegt, die außerordentlich reformbedürftig ist. Nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer, sondern auch in rechtlicher Beziehung muß dem Beamten geholfen werden. Das Disziplinarrecht ist vollkommen veraltet und muß von Grund auf umgestaltet werden. Es geht auch nicht an, daß das Schicksal des Beamten wie bisher vollkommen in der Hand der vorgelegten Behörde ruht. Der Beamte hat ebenso wie die Angehörigen anderer Berufe es verdienen, daß er im Falle der Selbstmitleidung an der Ordnung seiner Angelegenheiten, und so entspricht das Zentrum einer berechtigten Forderung der Zeit, wenn es dem Beamten Gelegenheit geben will, durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der wahren Ordnung seiner Dienstverhältnisse mitzuwirken. Oldenburg ist auf diesem Gebiete durch eine Verordnung des Direktors schon mit gutem Beispiel vorgegangen.

Auf das entscheidende lehnt das Zentrum es auch ab, bei jedem Regierungswechsel eine Veränderung in der Befoldung der Beamtenstellen vorzunehmen, wie es in Amerika der Fall ist und wie es unter sozialdemokratischer Herrschaft auch sicher bald eintreten würde. Unsere Staatsbehörden ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses auf dem Boden des gemeinen Rechts und im Geiste hochsinig erfahrender Freiheit den ungehinderten Ausdruck ihrer Überzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeeinträchtigte Betätigung in Versammlungen, Ver-

einen und Genossenschaften aller Art gewährleisten. Es ist wohl selbstverständlich, daß das Zentrum hier für eine Verleihung der vollen staatsbürgerlichen Freiheit auch an die Beamten eintritt und sie davor schützt, entweder bei jedem Regierungswechsel ihre Überzeugung zu ändern oder die Stellung zu verlieren. Die Partei folgt hierbei den Worten Bismarcks, der in der Reichstagsfassung vom 24. Januar 1882 den Beamten vollständige Freiheit ihrer politischen Überzeugung garantierte. Wenn dies schon unter dem alten Regime möglich war, dann sollte es doch sicher unter der neuen demokratischen Regierungsform möglich sein.

Immer ist der deutsche Beamte als ein Mann von Tüchtigkeit und Pflichttreue hingestellt worden. Wenn je, dann hat unsere Beamtenenschaft früher in jüngerer Zeit den Beweis dafür geliefert, daß sie noch auf der alten Höhe steht. Hälfte der deutsche Beamte nicht trotz allen Unbankes, trotz aller Anfeindung seine Pflicht treu weiter getan, dann wäre Deutschland längst zusammengebrochen. Es gilt nun aber, dem Beamten seine Arbeitsfreudigkeit zu erhalten, und zwar durch eine gerechte Befoldung, die ihn meistens vor materiellen Sorgen schützt und außerdem dadurch, daß man dem Beamten kein Charakter als Berufsbeamtenumt löst mit allen Vorurteilen, die damit geknüpft sind, als lebenslängliche Anstellung sowie Verzichtigung auf hinreichendes Ruhegehalt und Hinterbliebenenfrage. Die Geschichte des Zentrums bietet den Beweis dafür, daß diese Partei die Bedeutung des Beamteniums zu würdigen weiß und jederzeit für eine weitestgehende Lösung der Beamtenfrage eingetreten ist.

## Was wird aus dem oldenburgischen Münsterlande?

Von Prof. Dr. R.

Mit Recht stellt Geheimrat Düffmann in Nr. 19 der „Oldb. Volksztg.“ diese Frage in den Vordergrund. Denn wenn Oldenburg nicht selbständig bleibt oder wenn das Münsterland sich davon trennt, ist die Tätigkeit der oldenburgischen Nationalversammlung an sich oder doch für das Münsterland ziemlich bedeutungslos. Deshalb muß die oben genannte Frage von nun an in allen Schichten der Bevölkerung, in allen Versammlungen, in der Presse, überhaupt bei jeder Gelegenheit erörtert werden, damit die Volksstimmung in dieser so überaus wichtigen Frage offen zum Ausdruck kommt.

Somit wir sehen, könnten folgende vier Möglichkeiten in Betracht kommen:

1. Das Herzogtum Oldenburg bildet eine selbständige Republik.
2. Oldenburg bildet mit Hannover und einigen angrenzenden Gebieten die Republik Niedersachsen.
3. Das Münsterland sucht mit dem Regierungsbezirk Osnabrück Anschluß an Westfalen und Rheinland.
4. Unser ganzer Reichstagswahlkreis (Osnabrück-Oldenburg-Nürting) schließt sich an die Republik Rheinland-Westfalen an.

Welches ist nun für uns Münsterländer das erstrebenswertere Ziel? Gehen wir die Vorschläge kurz durch.

ad 1. Oldenburg bleibt selbständig. Ich will hier nicht die Frage erörtern, ob dies überhaupt möglich ist. Es scheint noch sehr fraglich, ob Staaten von so kleinem Umfange in Zukunft werden gebildet werden. Doch davon abgesehen. Für uns soll die Frage lauten: Wäre ein solcher Freistaat an sich für uns wünschenswert? Es ist Tatsache, daß das Münsterland mit Wilsbudenberg im Laufe der Jahre im ganzen ein vergrößerter Freistaat wurde. Der Münsterländer, das Gefühl nicht ganz los, daß er nur als Bürger zweiter Klasse anzusehen ist, den man nicht als vollwertigen Bürger zu nehmen braucht. Manche Vorkommnisse rechtfertigen dieses Gefühl. Das katholische Amt Wechfa hat seit seiner Zugehörigkeit zu Oldenburg noch keinen kathol. Amtshauptmann gehabt. Denken wir einmal, in Aufstellungen oder im Jeverlande wären prinzipiell nur kathol. Amtshauptleute eingesetzt worden! In die höchsten Verwaltungsstellen des Landes rücken keine Katholiken auf; die katholischen Anwärter wurden regelmäßig rechtzeitig auf ein totes Geleise abgelenkt. Derartige Maßnahmen blieben im Münsterlande nicht unberücksichtigt, wie der Münsterländer nun einmal ist, schmerzt er meistens dazu. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wurde das Münsterland lange Zeit recht steuermäßig behandelt. Erst nachdem der Norden mit Eisenbahnen und Chausseen reichlich versehen war, kam der Süden an die Reihe. Unter großen persönlichen Opfern haben sich die jüdischen Landesstellen schließlich die notwendigen Verkehrsmitel verschafft. Die wollen nicht erkennen, daß in den letzten 10 bis 20 Jahren der Süden immer mehr Bedeutung zu erlangen schien, und daß immer mehr Bedeutung zu wandeln. Auch wollen wir nicht verkennen, daß der Großherzog Peter und seine Regierung den ungeliebten Kulturkampf mit seinen heftigsten Begleiterscheinungen von uns ferngehalten hat, und daß auch die spätere Regierung den kulturellen Forderungen des Münsterlandes gerecht zu werden suchte. Somit trägt ihr kein Bedenken zu sagen: Hätten wir unsere alte Staatsform und unsere alte Regierung behalten, es wäre wohl kaum einem Münsterländer in den Sinn gekommen, an eine Trennung zu denken. Aber da liegt der Hase im Pfeffer! Wer die ähndende Tätigkeit des evangelischen Landeslehrervereins kennt, wer die brutale Rücksichtslos-

keit des nordoldenburgischen Freirechtsvereins gegen die Richtung gegen politisch gläubige Kulturauffassung beachtet, der wird sich schauernd fragen müssen: Was wird aus unsern heiligsten Gütern, aus christlicher Kirche, christlicher Schule, christlicher Kindererziehung und christlichem Familienleben werden, wenn der mit der Sozialdemokratie verbundene radikale Freirecht der Regierungsgewalt in die Hand bekommen wird? Der Ausschlag des in die Diederichsen- und Fappenbergischen Schulantrages mitten in den Wägen des Krieges, die Wählbarkeit des evangelischen Landeslehrervereins, die sogleich mit Ausschluß der Revolution mit aller Kraft wieder in Tätigkeit trat und die als erste Frucht die gewalttätige Entfernung (mit Hilfe des Soldatenrats) der politisch gläubigen Schulmänner Coens und Clander zeitigte, haben doch wohl dem Bilde der Augen geöffnet über das, was dem gläubigen Volk demnach in dem Freistaat Oldenburg bevorsteht. Deshalb ist es Gewissenspflicht eines jeden von uns, sich die Frage vorzulegen: Dürfen wir unsere heiligsten Güter den Schikanen einer Regierungsgewalt aussetzen, die fast ausschließlich in den Händen der Sozialdemokratie und des von dem evangelischen Landeslehrerverein abhängigen radikalen Freirechts ruhen wird? Ich glaube, die Antwort kann für uns trotz der Anträge Müller-Brake nur lauten: Nein!

ad 2. Was ist von einem Anschluß an die Republik Niedersachsen zu halten? Hannover ist von jeher in religiösen Dingen als wenig duldsam bekannt. Dasselbe, was von einem Freistaat Oldenburg zu befürchten ist, steht von einem Freistaat Niedersachsen in verstärktem Maß ab zu erwarten. Dazu wird Bremen in diesem Staate wahrlich eine große Rolle spielen! Deshalb kann ich die obige Frage, glaube ich, in aller Kürze dahin beantworten: Der Anschluß an Hannover und Bremen würde für uns das allergrößte Unheil bedeuten, und mit Händen und Füßen müssen wir uns gegen eine derartige Neuordnung wehren.

ad 3. Weniger unmöglich scheint uns die Zukunft, wenn wir unsere Blöcke nach dem Süden wenden. Mit Westfalen verbindet uns Stammesgemeinschaft, eine tausendjährige Geschichte und mit einem großen Teil der Bevölkerung auch das Band des gleichen Religionsbekenntnisses. Für unsere idealen Güter wäre hier weniger zu befürchten, als im Norden und im Osten. Auch unsere wirtschaftlichen Interessen werden bei den kapitalistischen Provinzen Rheinland und Westfalen, die zudem noch unser wirtschaftliches Abhängigkeit umfassen, aufs Beste aufgehoben sein. Nach kurzer Eingangszeit würden wir uns in der neuen Heimat ohne Zweifel recht bald heimisch fühlen. Da Osnabrück und das Emsland, wie wir uns sicherer und besser wissen, gern mit uns gehen werden, würde eine solche Lösung für uns ganz erträglich sein.

ad 4. Vorgehen würde allerdings mancher die vierte Möglichkeit, nämlich den Anschluß des ganzen 15. Wahlkreises an die Republik Rheinland-Westfalen. Das Herzogtum Oldenburg würde dann zweifellos als Regierungsbezirk weiterbestehen bleiben. Viele Einrichtungen, besonders solche wirtschaftlicher Natur (ich nenne nur die blühenden landwirtschaftlichen Einrichtungen: Landwirtschaftskammer, Serbidpupereine, Pferde- und Viehverbände etc.) würden dann fortbestehen können, kurz, wir würden in gewisser Hinsicht Oldenburger bleiben. Es fragt sich nur, wie sich Oldenburg und Ostfriesland zu diesem Plane stellen. Wirtschaftlich würden diese Gebiete durch den Anschluß an die reichen westfälisch-rheinischen Lande nur gewinnen können, was umgekehrt diese Provinzen aus der Verbindung mit dem Meere große Vorteile ziehen würden. Die Nordseechären Emden, Wilhelmshaven, Norddeum, Brake würden jedenfalls bedeutenden Nutzen haben. Das größte Bedenken scheint mir zu sein, ob nicht die von dem evangelischen Landeslehrerverein abhängigen Kreise durch den genannten Anschluß eine Stärkung ihrer Forderungen finden. Wenn ich eine kurze Schlussfolgerung aus meinen Darlegungen ziehen darf, so meine ich, daß wir mit aller Kraft auf die Durchföhrung des unter 4 genannten Vorschlages hinarbeiten müssen. Findet dieser aber in Nordoldenburg keine Gegenliebe, so muß der dritte Plan unser Ziel sein.

## Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Wesha, 25. Jan.

Die Bürger werden gebeten, am morgigen Sonntag, dem Begründungstage unserer zurückgekehrten Kreise, durch Besuchen der Häuser der freien Stimmur Ausdruck zu verleihen.

In einer Tagung (Mittwoch, 20. Januar, vormittags 10 Uhr, Oldenburg, Union) beruft die Gewerbe- und Handelsverein von 1840 laut Bekanntmachung alle Handwerker, Kaufleute, Industrielle sowie deren Angestellte. Es handelt sich darum, auszusprechen, wie bei den bevorstehenden Wahlen erreicht werden kann, daß geeignete Vertreter aus jener Kreise auf die Listen kommen, ferner wie die zukünftige Lage unseres Freistaates sein wird. Darüber hinaus wird aber diese Tagung, was in seiner Wichtigkeit noch gar nicht zu übersehen ist, ein Zusammenarbeiten der erwähnten Erwerbskreise zur Folge haben. Deshalb sollte keiner der irgend welche Zeit hat, veräumen, an dieser gewiss nach vollen Kundgebung unserer Oldenburger Erwerbskreise teilzunehmen.

— Zur Ernährungsfrage. Wie die T.-U. von amtlicher Seite erfährt, wird das Reichsernährungsamt vom 3. Februar ab die wöchentliche Verforgungsration an Kartoffeln auf 5 Pfd. für den Kopf der Bevölkerung herabsetzen. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird eine Senkung der Kartoffelration für die Selbstförger von 1 1/2 Pfd. auf 1 Pfd. eintreten. Als Ausgleich wird vom 1. Februar die wöchentliche Fleischmenge um 100 Gramm erhöht werden. Die Schwerarbeiterrationen werden von diesem Zeitpunkt ab wegfallen. Eine Ausnahme bilden nur die Bergarbeiter unter Tage, die die bisherige Menge weiter erhalten. Für Selbstförger wird die Fleischration von 400 auf 500 Gr. erhöht werden.

— Die Gebühren für die Inerforschung von Dampfmaschinen sind mit Rücksicht auf die allgemein gestiegenen Kosten der Verwertung für das Herzogtum vom 1. Januar ab um 40 Prozent erhöht worden.

— Das Ende der Felpost. Nach einem Erlaß des Staatssekretärs des Reichspostamts treten infolge der Demobilisierung die den Heeres- und Marine-Angehörigen gewährten Postvergünstigungen für Felpostsendungen bis 31. Januar außer Kraft. Für Heeres- und Marine-Angehörigen in den besetzten Gebieten erlöschen die Vergünstigungen einseitig mit dem Abtritt auf heimischen Boden. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

— Die Kriegseisenbahnen, welche die doppelte Januar-Rente noch nicht erhalten haben, können diese jeden Tag bei der Post in Empfang nehmen. Wer keine Quittungsformulare besitzt, kann dieselbe bei der Post erhalten. — Die Rentenbescheide erhalten eine Zulage für Februar, die sie zugleich mit der Rente empfangen können.

— Kurse für Handarbeitslehrerinnen. In diesem Jahre werden wieder ein oder, wenn sich eine ausreichende Zahl von Teilnehmerinnen meldet, zwei Kurse für Handarbeitslehrerinnen abgehalten, in denen, bis zu 16 auf einmal, mit dem für Volksschulen geeigneten Lehrplan bekannt gemacht werden. Der erste Kursus dauert vom 20. Mai bis 7. Juni, der zweite vom 2. bis 20. September d. J. In den Kursen können nur Lehrerinnen teilnehmen, die das dazu nötige Material selbst mitbringen. Die Schulorlönde müssen dem katholischen Ober-Schulkollegium bis zum 20. Februar d. J. anzeigen, wie viele und welche Handarbeitslehrerinnen aus der Gemeinde voranschicklich an den Kursen teilnehmen werden. Das Ober-Schulkollegium hat auch für das Jahr 1919 300 Mk. an Beihilfen zur Ausbildung von Handarbeitslehrerinnen zur Einstellung in den Landeskassenanstalt beantragt. Die Höhe der einzelnen Beihilfen, die für alle gleich hoch bemessen werden, richtet sich nach der Zahl der Bewerberinnen. Vollbezügliche Lehrerinnen können in diesem Jahre keinen Urlaub zu den Kursen erhalten. Es dürfen jezt nur noch solche Handarbeitslehrerinnen angefeht werden, die an einem Kursus für Handarbeitslehrerinnen mit Erfolg teilgenommen haben.

— Offene Stellen. Zu Ostern 1919 sind am hiesigen katholischen Lehrerseminar zwei Oberlehrerstellen (Anfangsgehalt 4100 Mk.) mit der Facultas in Deutsch, Französisch und Geschichte bzw. in Mathematik und Naturwissenschaften, zwei Seminarlehrerstellen (staatlich geprüfter Musiklehrer und approbierter Zeichen- und Turnlehrer, Anfangsgehalt 3350 Mk.) und eine Seminar-Hilfslehrerstelle (hauptsächlich für Musik, Musikschulreifeprüfung für Deutsch und Französisch erwünscht, Anfangsgehalt 2100 Mk.) zu belegen. Die Kriegszulagen werden gezahlt. Ermüßigt wäre es, wenn einer der Bewerber für die vorstehenden fünf Stellen die Leitung einer Volksschule und eines Berufsschulbesuches übernehmen könnte. Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 1919 an das katholische Ober-Schulkollegium in Wesha einzulegen.

— Wählbar. 24. Jan. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag wurden an den Wahlenbetrieb des Wählbezirks Wesha in Hohenkämpe mehrere wertvolle Treibkugeln geföhtolen. Von den Sägern hat man keine Spur. Eine recht große Anzahl der Kugeln ist hier nach Schmeinen, besonders Ferkeln. Dementsprechend sind die Preise auch ganz außergewöhnlich hoch. — Wie verlautet, wird hier die Gründung einer Gemeinde-Sparkasse geplant. Eine dreigliedrige Kommission ist bereits mit den Vorarbeiten beauftragt.

Glöppenburg, 25. Jan. Am Montag Vormittag werden im Rathaus von 9—10 Uhr für südlichen und nördlichen Bezirk, von 10—11 Uhr für südlichen und westlichen Bezirk, von 11—12 Uhr für inneren Stadbezirk Veroleumarten auszugeben.

Essen i. S., 24. Jan. Heute morgen kamen bei dem einam wohnenden Jeller Darclmann zwei Soldaten, welche unter Vorlegung der Karte vorgehaltenem Revolver die Karte zwangen, ihnen eine größere Geldsumme — man spricht von 2000 Mk. — auszuhändigen. Es ist noch nicht ein Schand, daß solche Einbrüche doch nicht ein größeres Verbrechen sind. Am Dienstag, dem 28. d. Mts., findet in Etrotmanns Gaffhof ein großes Militärfest statt. Anfangs abends 7 Uhr.

Verantwortlicher Schriftsteller: G. Hohe, Wesha. Druck und Verlag: Weshaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wesha.

